Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piaolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Revisionsgespräche mit Schulen in privater Trägerschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zeitnah über das Ergebnis der Revisionsgespräche zu berichten, die am 23. November 2012 mit den Vertretern der Schulen in privater Trägerschaft zur Pauschalierung des Schulaufwandes an Grund- und Haupt-/Mittelschulen geführt wurden.

Dabei sind folgende Aspekte detailliert darzulegen:

- Auf welchen Berechnungsgrundlagen erfolgte die Berechnung der Sachkostenpauschale?
- Welche Kosten für die Beförderung von integrativen Schulkindern wurden in der Pauschale mit eingeschlossen?
- Wie hoch ist der Anteil der behinderten Kinder in der Berechnung?
- Wie erklärt sich der Übergangszeitraum von acht Jahren bis zur vollen Erstattung der Sachkostenpauschale von 1.624 Euro?
- Mit welcher Begründung erhalten Schulen über einen eklatanten Zeitraum hinweg einen deutlich geringeren Betrag als die eigentlich festgesetzte Sachkostenpauschale?
- Sieht die Staatsregierung dabei für die betroffenen Schulen eine Existenzgefährdung?
- Nach welchen Berechnungskriterien wurde die Höhe der Sachkostenpauschale ermittelt?
- In welcher Weise flossen die jeweiligen Gebäudekosten (Mietkosten bzw. Baukosten/Kapitalkosten) in die Pauschale ein?

Begründung:

Nach der seit 1. August 2012 in Kraft getretenen Änderung von Art. 32 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) herrscht bei den Betreibern von Schulen in privater Trägerschaft nach wie vor Unklarheit darüber, welche Kostenbereiche insgesamt mit der Pauschale abgedeckt werden und auf welcher Grundlage die Berechnung der Sachkostenpauschale erfolgte. Dies führt zu einer erheblichen Planungsunsicherheit bei den betroffenen Schulen.